



 Videos

♡ Unterstützen

 Werben

Werbung

06.11.2025 • 51 

Mitte-Studie

Nur noch wenige Deutsche denken wirklich rechtsextrem – das offenbart eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung

SPD-Politiker warnen vor der Rückkehr des Faschismus. Doch eine neue Studie ihrer parteinahen Friedrich-Ebert-Stiftung gibt Entwarnung:

Rechtsextremistische Einstellungen sind in Deutschland auf dem Rückmarsch – sogar unter AfD-Wählern.

Von Redaktion



Der Sozialpsychologe Andreas Zick veröffentliche seine „Mitte-Studien“ alle zwei Jahre. (www.imago-images.de)

Rechtsextreme Einstellungen sind in Deutschland deutlich zurückgegangen. Das zeigt die neue „Mitte-Studie“ der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung, die am Donnerstag in Berlin vorgestellt wurde. Demnach vertreten nur 3,3 Prozent der Bevölkerung ein geschlossen rechtsextremes Weltbild – ein Rückgang um mehr als 60 Prozent gegenüber der vorherigen Erhebung von 2023, als noch 8,3 Prozent der

Deutschen konsistent rechtsextreme Einstellungen aufwiesen. Damit ist der Anteil rechtsextrem Eingestellter nach einem sprunghaften Anstieg in den Jahren 2022/23 wieder auf das geringe Niveau der Zeit vor Beginn der Corona-Pandemie zurückgegangen.

„Die klare Zustimmung zu rechtsextremen Weltbildern ist gesunken, aber rechtsextreme Denkmuster haben weiterhin Anknüpfungspunkte in der gesellschaftlichen Mitte“, sagte Studienleiter Andreas Zick vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Insgesamt lehnen rund drei Viertel der Befragten rechtsextreme Aussagen entschieden ab.

Besonders aufschlussreich ist die Analyse der politischen Anhängerschaften. Zwar zeigen AfD-Wähler überdurchschnittlich oft Zustimmung zu rechtsextremen Einzelpositionen, doch nur etwa jeder zehnte AfD-Wähler erfüllt die Kriterien eines geschlossenen rechtsextremen Weltbilds. Das bedeutet im Umkehrschluss auch: Rund 90 Prozent der AfD-Wähler sind nach der von den Wissenschaftlern verwendeten Definition nicht rechtsextrem.

Die Studienautoren betonen, dass diese Gruppe dennoch ein überdurchschnittliches Misstrauen gegenüber Staat, Medien und Institutionen zeigt. Viele Anhänger der AfD würden zu einer „demokratiekritischen, autoritären und populistischen Grundhaltung“ neigen, die sich nicht automatisch mit klassischem Rechtsextremismus decke. „Rechtsextremismus hat keine Massenbasis“, fasst Zick zusammen, „aber antidemokratische Tendenzen reichen deutlich weiter in die Gesellschaft hinein.“

Werbung

Während die Zustimmung zu offen rechtsextremen Positionen abnimmt, wächst das Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen. Nur noch 52 Prozent der Befragten sind überzeugt, dass die Demokratie in Deutschland „im Großen und Ganzen gut funktioniert“. Vor zwei Jahren lag der Wert noch bei 57 Prozent, 2020 sogar bei 65 Prozent. Zugleich stieg die Zahl derjenigen, die sich als überzeugte Demokraten bezeichnen, auf einen Rekordwert – von 73 auf 79 Prozent. Studienautorin Beate Küpper erklärt diesen scheinbaren Widerspruch so: „Viele Menschen bekennen sich grundsätzlich zur Demokratie, zweifeln aber zunehmend an ihrer Leistungsfähigkeit und Gerechtigkeit.“

LESEN SIE AUCH:



„Generation Deutschland“

Vor Gründung neuer Jugendorganisation: Hotel kündigt AfD – Antifa will „Gießen zum Brennen bringen“



Doppelinterview

Bei Maischberger streiten Frohnmaier und Röttgen über die AfD, Russland und Steinmeiers Brandmauer-Rede

Matthias Böttger • 76 

Trotz des Rückgangs rechtsextremer Haltungen bleibt ein Teil der Bevölkerung empfänglich für autoritäres Denken. 15 Prozent der Befragten befürworten demnach die Aussage, man solle „einen Führer haben, der Deutschland mit starker Hand regiert“. 23 Prozent wünschen sich, dass die Politik „Deutschland die Macht und Geltung verschafft, die ihm zusteht“, was die Autoren als Zustimmung zu nationalchauvinistischen Einstellungen werten.

Zugleich bleibt den Forschern zufolge „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ein Problem. Was sie darunter verstehen: Rund ein Drittel der Befragten gab an, Asylsuchende würden den Sozialstaat ausnutzen, 36 Prozent werfen Langzeitarbeitslosen vor, „sich auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben zu machen“. Antisemitischen Aussagen stimmten 17 Prozent zu, weitere 22 Prozent zeigten sich unentschlossen.

Werbung

Martin Schulz, Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, betonte bei der Präsentation der Ergebnisse, dass sich die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft klar zur Demokratie bekenne. Zugleich mahnte er, der Rückgang rechtsextremer Überzeugungen dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Demokratie unter Druck stehe. „Wir brauchen so viel Bildung wie möglich, um die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden.“

mmx

Teilen:   

[Zu den Kommentaren \(51\)](#) ↓

 Einmalig  Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:     Pay  Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € [Anderer Betrag \(€\)](#) 